

Corona-Soli, Vermögensabgabe, Zwangshypothek: Warum ihr euch die Folterkammer der finanziellen Repression einmal ansehen solltet



Michael Braun Alexander
🕒 28 Nov 2020



Sparer beklagen derzeit Null- oder gar Negativzinsen, sprechen von Anlagenotstand. Doch das Schlimmste kommt noch.

Denn die Staaten brauchen in und nach der Coronakrise Geld, viel Geld. Das können sie sich auf verschiedenen Wegen von den Bürgern holen.

Finanzjournalist Michael Braun Alexander zeigt auf, wo der Staat die Bürger überall schröpfen und gar enteignen kann. Er nennt das einen Blick in die Folterkammer der finanziellen Repression.

Mehr Artikel auf Business Insider findet ihr hier.

Der Sparer, in Deutschland und anderswo, hat es seit gut zehn Jahren nicht leicht. Sein bester, treuester Freund ist abgehauen: der Zins. „Anlagenotstand“ nennt sich dieser Verlustschmerz. Die *eine* Frage, die sich Millionen seit der Großen Finanzkrise stellen, lautet: Wohin nur mit dem Geld? Zwar hätte es im vergangenen Jahrzehnt lukrative Ausweichanlagen gegeben, wären viele Anleger nicht gar so träge und beratungsresistent gewesen. Aktien, Immobilien, Edelmetall – als die Zinsen im Nichts

Arganöl – Deshalb ist das Öl so teuer



Eine grob vereinfachte Überschlagsrechnung macht jedoch deutlich, wie dramatisch sich die Gemengelage für alle, die auf Anraten der Regierung private Altersvorsorge zur Schließung ihrer „Rentenlücke“ versuchen, in nur einer Generation gewandelt hat.

Wer vor **dreißig Jahren** eine Million Mark auf der hohen Kante hatte, hatte einigermaßen ausgesorgt. Bei einer angenommenen Verzinsung um sechs Prozent betrug das Monatseinkommen damit 5.000 Mark (vor Steuern und Inflation). Mit solch einem Einkommen konnte man damals zwar nicht täglich Jahrgangschampagner zum Frühstück kredenzen, aber anständig leben. Man hatte sein Auskommen, konnte ein Auto unterhalten, in Urlaub fahren, ab und an prassen.

Wer **heute** eine Million Euro (also fast das Doppelte) auf der hohen Kante hat, muss sich mit einer anderen Lebenswirklichkeit arrangieren. Wenn er Glück hat und ein Tagesgeldkonto zu 0,001 Prozent nutzen kann, erhält er für sein Euro-Milliönchen zu Silvester zehn Euro an Zinsen. Fürs ganze Jahr. Und natürlich ebenfalls vor Kapitalertragsteuern, Solidaritätszuschlag, gegebenenfalls Kirchensteuer und Inflation (aktuell 1,4 Prozent). Die schwäbischste aller Hausfrauen dürfte gefordert sein, ihre Lieben damit ein Jahr lang durchzubringen.

Finanzielle Repression ist, wenn Politik und Zentralbank die Bürger gezielt enteignen

Das schmerzt. Der Nullzins ist aber nur *ein* Beispiel für sogenannte **finanzielle Repression**, die Umverteilung in großem Stil von Staats wegen, wenn Politik oder Zentralbank Bürger gezielt enteignen. Sie tun das möglichst subtil und unauffällig. Möglichst so, dass Sparer sich nicht wehren können oder gar flüchten. Denn wer abhaut – sich dem Zugriff des Fiskus entzieht, also auswandert –, der steht für schmerzhafteste Finanzprozeduren aller Art nun einmal nicht mehr zur Verfügung.



parat als Zinsschwund. Alles alte Schmei übrigens, nicht Neuerfindungen gemaisch-wahnsinniger Übeltäter in Politik und Hochfinanz. Solche Maßnahmen könnten manch Traditionssparer mit Hang zu „sicheren“ Anlagen wie Tagesgeld oder Betongold demnächst in die Verzweiflung treiben. Denn Staaten brauchen in und nach der Coronakrise Geld. *Viel* Geld. Über das klassische, geradezu langweilige Mittel der Steuererhöhungen querbeet hinaus gibt es da einiges, was kommen könnte.

Die Idee der **Vermögensabgabe** wurde von Saskia Esken bereits aufgewärmt, da dachte manch einer bei Corona noch an Bier oder Schmauchzigarre. Esken, ehemals Landeselternbeirätin im Baden-Württembergischen, ist seit knapp fünf Monaten Co-Chefin einer der deutschen Traditionsparteien, der SPD, die zurzeit das Land mitregiert. Die Frage, wie hell die Kerze der ökonomischen Erkenntnis bei Esken wohl brennt, könnte man kontrovers diskutieren, was wir uns hier platzeshalber sparen wollen. Der Punkt ist hier ein anderer. Die Esken-Glaubensgemeinschaft hat ihren wirtschaftlichen Sachverstand offenbar in Entenhausen erworben. Sie scheint der Vorstellung anzuhängen, dass „Vermögen“ wie in Dagobert Ducks Geldspeicher in Säckeln herumliegt, aus denen der Staat mühelos ein paar Handvoll abgreifen könne; ist anschließend ja noch genug nach. Entenhausen, man muss vielleicht daran erinnern, ist fabelhaft schnuckelig, aber nicht echt.

Ein typisches deutsches Großvermögen liegt nicht auf Konten herum, sondern steckt in Unternehmen

In der wirklichen Welt liegen Geld und Wohlstand *nicht* physisch in Säcken (oder digital auf Konten) herum. Ein typisches deutsches Großvermögen steckt vielmehr in Unternehmen, als Eigenkapital. Es soll in guten Zeiten Rendite bringen, klar, und in schlechten die Firma sichern, gehört dazu. Es ist nicht liquide wie bei Fantastilliardären in Comics. Und dieses Vermögen schmilzt im Zuge der Corona-Krise gerade dahin wie Eis in der Sonne. Bei vielen Firmen verpufft das Eigenkapital so wie es für Sparer der Zins tat. Darauf jetzt also eine Abgabe zur Überwindung der Wirtschaftskrise?

Schwierig. Was kaum etwas daran ändert, dass eine Vermögensabgabe in irgendeiner Form kommen dürfte. Wenn Abgaben von einer Minderheit („den Reichen“) bezahlt werden sollen, werden sie in einer Demokratie von der Mehrheit (den Wählern und den Parteien, die um sie werben) in der Regel durchgewunken. Man würde sich wünschen, dass irgendwer Wichtiges solche Vermögensabgabediskussionsorgien mal einordnen würde. Immerhin wusste Bundeskanzlerin Angela Merkel schon 2012, dass man aufpassen müsse, „dass die Reichen nicht alle woanders hingehen, sondern dass noch ein paar Reiche bei uns leben“ („Handelsblatt“). Allerdings ist sie auch diejenige, die bei Bedarf ganz gern mit „Alternativlosigkeit“ argumentiert. Warten wir's ab.

Der Zins ist weg, dafür hat der Sparer einen anderen treuen Wegbegleiter – den Soli

Der alte Freund des Sparers, der Zins, ist zwar weg. Dafür hat er seit Langem einen anderen treuen Wegbegleiter, den **Solidaritätszuschlag**. Der „Soli“, de facto ein Steueraufschlag, wurde 1991 von Merkels Amtsvorgänger Helmut Kohl zur Finanzierung der deutschen Einheit und anderer Großprojekte eingeführt, anfangs befristet auf ein Jahr. Drei Jahrzehnte später, 2021, sollte er laut Koalitionsvertrag dann endlich

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder brachte jüngst ein Sofort-und-komplett-Aus des Solis zur Stimulierung der Wirtschaftsmisere in die Debatte ein. Ein interessanter Einwurf, aber mutmaßlich nicht konsensfähig. Wahrscheinlicher ist, dass der Soli in alle Ewigkeit verlängert und möglicherweise *erhöht* wird. Natürlich würde das ein bisschen Marketing erfordern, ein gekonntes Aufhübschen der Nomenklatur. Ein „Corona-Soli“ waberte bereits durch die Medien; ein naheliegender Vorschlag, wenngleich, na ja, irgendwie krank klingend. Verheißungsvoller wären schmucke Polit-Labels wie „Europa-Soli“ oder „Gerechtigkeits-Soli“, die bei manchen Wählern bestens ankommen dürften – denn wer würde es wagen, mit „Europa“ nicht solidarisch zu sein, das schöne Wort „Gerechtigkeit“ schwammig zu finden!? Dass sich eine dauerhafte Steuererhöhung dahinter verbirgt? Egal. Man muss man an dieser Stelle an ein Bonmot des US-Amerikaners Milton Friedman erinnern, eines der Großökonomien des 20. Jahrhunderts: „Nichts ist so dauerhaft wie ein vorübergehendes Regierungsprogramm.“

Zwangshypotheken würden richtig Geld in die Staatskasse spülen

Wenn es um das Aufspüren sprudelnder Finanzierungsquellen geht, sind Volksvertreter übrigens mit Genialität und Terrierhaftigkeit gesegnet. Eine Regierung, die frische Mittel braucht, sucht sich idealerweise einen Besteuerungsgegenstand, der erstens substanziell ist, zweitens nicht die Flucht ergreifen kann und drittens bereits irgendwo ordentlich verzeichnet ist. Kurz: die **Immobilien** im Lande.

Richtig Geld würde in die Staatskassen fließen, wenn die Idee der **Zwangshypothek** Wiederauferstehung feiern dürfte. Eine Zwangshypothek ist eine im Grundbuch eingetragene Extra-Schuld, eine Zusatzsteuer auf Immobilienbesitz (und insofern ebenfalls eine Vermögensabgabe). Da ein Großteil des Hab und Guts der Deutschen in Eigenheimen steckt, wäre das lukrativ, und es würde, politisch opportun, vor allem die relativ „Reichen“ treffen – die, die ihre eigenen vier Wände haben.

Bei einer **Zwangsanleihe** wiederum, einem weiteren Instrument der finanziellen Repression, zwingt der Staat seine Bürger dazu, ihm zur Bewältigung einer außergewöhnlichen Krise Geld zu leihen – typischerweise zu unappetitlichen Konditionen.

Auch Gold und anderes Edelmetall, als „sicherer Hafen“ in Notzeiten berühmt, sind vor der Finanzfolter des Staates nicht sicher. Bisläng fällt beim Kauf von physischem Gold (Anlagemünzen, Barren) keine **Umsatzsteuer** an – anders als etwa bei Silber, Platin Palladium. Der Wertzuwachs wiederum ist für alle, die ihr Anlagemetall mindestens ein Jahr lang besitzen, von einer **Kapitalertragsteuer** befreit. Beides ließe sich rasch ändern, wäre jedoch vergleichsweise harmlos. Drastischer – und für sicherheitsorientierte Anleger erheblich schmerzhafter – wäre ein **Verbot des Privatbesitzes von Gold**. Sie hätten dann ihr Edelmetall gegen Zahlung einer Entschädigung abzugeben, meist einer wenig verlockenden.

Manch einer wird an dieser Stelle einwenden: ‚Unsinn, all das ist in Deutschland undenkbar, es wäre ein massiver Eingriff in die Grund- und Eigentumsrechte!‘ Stimmt. Unmöglich ist es deshalb noch lange nicht. Zum einen haben wir (und andere Demokratien) in den vergangenen Wochen der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen

- **Zwangshypotheken** verordnete (West-)Deutschland u. a. in der Frühphase der Bundesrepublik. Sie war ein Element des **Lastenausgleichs** der Nachkriegszeit.
- Auf **Zwangsanleihen** setzte die Weimarer Republik Anfang der 1920er-Jahre. Da die damalige Hyperinflation die Anleihen in kurzer Zeit wertlos machte, war es de facto eine Enteignung.
- Die Hyperinflation führte in Deutschland auch zu einem **Goldverbot** – sowie darüber hinaus zu einem Verbot von Silber, Platin, sogar Devisen. In der Weimarer Verfassung verankerte Grundrechte (Schutz des Eigentums, Unverletzlichkeit der Wohnung, Briefgeheimnis...) waren plötzlich eher theoretischer Natur. Insgesamt war privater Goldbesitz in Deutschland (Ost und West) im 20. Jahrhundert drei Jahrzehnte lang illegal. Goldverbote gab es phasenweisen darüber hinaus u. a. in den USA, in Frankreich, Großbritannien, Indien und in vielen totalitären Staaten.

Wer heute angesichts seiner Null- oder Negativzinsen über „Anlagenotstand“ klagt, muss sich insofern den Vorwurf einer gewissen Heulsusigkeit gefallen lassen. In der größeren Ordnung der Dinge war das, was wir bisher an finanzieller Repression gesehen habe, ein Teekränzchen. Wenn die Corona-Pandemie erst überstanden ist und die Kosten der aktuellen Weltwirtschaftskrise in den Fokus geraten, wird es um die Frage gehen, wer zahllose Firmenzusammenbrüche, Arbeitslosigkeit sowie die beispiellosen Rettungsmaßnahmen von Politik und Notenbank finanziert. Um es biblisch zu sagen: Das wird ein Heulen und Zähneklappern. Nullzinsen werden des Sparers geringstes Problem gewesen sein.

Michael Braun Alexander ist einer der profiliertesten Finanzjournalisten in Deutschland. Er schreibt seit 1995 über Börse und Wirtschaft, u. a. als Korrespondent in Mumbai und New York sowie als Kolumnist der Bild am Sonntag, und hat zahlreiche Bücher rund um die Geldanlage veröffentlicht („Wenn Geld stirbt“, „So geht Gold“, „Richtig reich“).

Auch interessant

Auch interessant

Aktuelle News

- [Das ist dieses vertrauliche 10-Seiten-Papier, über das Bund und Länder auf dem Corona-Gipfel beraten](#)
- [Deals des Tages: Apple AirPods Pro stark reduziert und viele weitere Schnäppchen](#)
- [Großer Boom, größerer Umbruch — darum sucht die Spendenplattform Betterplace nun selbst Millionen-Spender](#)
- [Pläne in nur 16 Stunden wieder kassiert: Bund und Länder wollen nur noch ein Mal die Woche kostenlose Schnelltests anbieten](#)